



## **Beate Müller-Gemmeke**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Beate Müller-Gemmeke · Gartenstraße 18 · 72764 Reutlingen

### **Frau Bundesministerin**

#### **Ursula von der Leyen**

Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
Wilhelmstraße 59  
10117 Berlin

### **Berlin**

Beate Müller-Gemmeke  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 73041  
Fax: (030) 227 - 76041  
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

### **Wahlkreis**

Beate Müller-Gemmeke  
Gartenstraße 18  
72764 Reutlingen  
Tel: (07121) 9092411  
Fax: (07121) 9943186  
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Reutlingen, 19.03.2012

### **Unterstützung für die Beschäftigten des Schlecker-Konzerns**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin von der Leyen,

die Berichte aus den Insolvenzverhandlungen der Drogeriekette Schlecker erfüllen mich mit großer Sorge. Die Liste der von Schließung bedrohten Märkte zeigt, in welchem Ausmaß die Beschäftigten von Kündigung bedroht sind. Viele der bundesweit rund 12.000 Beschäftigten, deren Zukunft auf dem Spiel steht, arbeiten in Filialen in Baden-Württemberg. Allein in meinem Wahlkreis Reutlingen sind Märkte in Bad Urach, Pfullingen, Münsingen und Lichtenstein betroffen. In der überwiegenden Mehrheit handelt es sich bei den Beschäftigten um Frauen. Bemerkenswert ist außerdem, dass es sich in vielen Fällen um Arbeitsplätze im ländlichen Raum handelt. Aus sozial-, arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Gründen halte ich eine staatliche Unterstützung angesichts der zu erwartenden Kündigungswelle dringend für geboten. Die meist weiblichen Beschäftigten bei Schlecker mussten jahrelang unter der verfehlten Betriebspolitik leiden. Sie mussten schlechte Löhne, wenig Vertretung durch Betriebsräte und Bespitzelung ertragen. Die Politik darf sie in der Insolvenz nun nicht erneut im Regen stehen lassen.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich Ihre Ankündigungen von Anfang dieses Monats, sich für die Einrichtung einer Transfergesellschaft stark zu machen. Insbesondere teile ich Ihre Ansicht, der bis zu zwölfmonatige Verbleib in der Transfergesellschaft unter Bezug von Transfer-Kurzarbeitergeld könnte zur Weiterbildung und Umschulung genutzt werden. In jedem Fall böte die Transfergesellschaft einen Schutzmechanismus, um die Beschäftigten vor dem sofortigen Eintritt der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Wenn Entlassungen und Umstrukturierungen aufgrund von Insolvenzen schon unvermeidbar sind, sollten sie wenigstens sozialverträglich ausgestaltet werden.

Ankündigungen sind aber zu wenig, jetzt muss auch konkret gehandelt werden. Deshalb fordere ich Sie auf, sich für die nötigen Rahmenbedingungen zur Einrichtung einer Transfergesellschaft einzusetzen. Eine solche Transfergesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten muss möglichst viele von Kündigung bedrohte Frauen aufnehmen, auf jeden Fall auf ein Jahr ausgelegt sein und mindestens 70% der bisherigen Arbeitseinkommen abdecken. Diese Solidarität haben die von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauen wahrlich verdient.

Die Finanzierung der Transfergesellschaft muss nun sichergestellt werden und dies wird entscheidend davon abhängen, wie stark Sie sich dafür einsetzen. Das Hin und Her zwischen den Wirtschaftsministerien des Bundes und des Landes Baden-Württemberg hilft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Filialen vor Ort nicht. Es wird von den Beschäftigten mit zunehmender Verunsicherung und auch Verärgerung zur Kenntnis genommen. Daher erhoffe ich mir ein deutliches Wort aus Ihrem Hause und einen wahrnehmbaren Einsatz für die von Kündigung bedrohten Schlecker-Beschäftigten.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Müller-Gemmeke